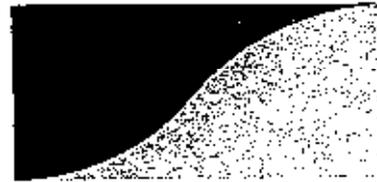


# Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:  
Helmut G. Schmidt  
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (02 28) 21 90 38/39  
Telex: 8 86 846 ppbn d



## Inhalt

41. Jahrgang / 193

9. Oktober 1986

Fritz Geisberger MdL weist Behauptungen aus einem CSU-Rundbrief zurück: Mit Lügen auf Bauernfang.

Seite 1

Helmut Wieczorak MdB zieht eine Bilanz der Wende (Teil III): Stoltenberg als größter Schuldenmacher.

Seite 3

### Mit Lügen auf Bauernfang

CSU-Rundbrief zeichnet Schreckensszenario mit falschen Behauptungen

Von Fritz Geisberger MdL  
Stellvertretender Vorsitzender des Landwirtschaftsausschusses  
im Bayerischen Landtag

Wie bereits im Frühjahr 1986 läßt die CSU jetzt im Wahlkampf erneut Briefe an Bauern kursieren, die mit billigem Wahlschwindel das mehr als angekratze Ansehen der CSU in der Landwirtschaft wieder aufpolieren sollen. Als Absender zeichnen der Vorsitzende des Haushaltsausschusses, CSU-MdL Richard Wengenmeier, und der Vorsitzende des Landwirtschaftsausschusses, CSU-MdL Josef Feneberg, verantwortlich. Beide sind sich nicht zu schade, ihre Namen für eine bössartige Hetzkampagne gegen die SPD herzugeben. Sie entwarfen in ihrem Schreiben ein steuerpolitisches Schreckensszenario, mit dem der SPD in allem Ernst eine faktische Enteignung von Grund und Boden angepöbeln wird. Originalton Wengenmeier und Feneberg: „Die SPD knüpft an alte Pläne an, die in ihrer finanziellen Wirkung zu einer faktischen Enteignung von Grund und Boden führen.“

Dafür zitieren die beiden CSU-Abgeordneten eine Veröffentlichung der „Arbeitsgruppe Steuern und Abgaben vom Parteivorstand der SPD“ und nehmen Bezug auf die darin erhobene Forderung der Anpassung der bestehenden Einheitswerte an die Verkehrswerte. Dieser mehr als vordergründige Täuschungsversuch übersieht, daß von den Steuervorschlägen die Landwirte gar nicht betroffen werden. Richtig ist vielmehr, daß die SPD sich schon heute Gedanken macht, wie eine „an den Verkehrs-

Verlag, Redaktion und Druck:  
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH  
Heussallee 2-10, Pressehaus 1/217  
5300 Bonn 1, Postfach 120408

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.  
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 62,50  
mtl. zuzügl. MwSt und Versand.

Verpflichtung  
zur Verwendung  
Recycling-Papier



wert angenäherte Bewertung des Grundvermögens" konzipiert werden könnte. Dann bis zum Jahresende muß mit einem Verfassungsgerichtsurteil gerechnet werden, das die heutige Einheitswertregelung als nicht verfassungsgemäß ablehnt.

Zum Grundvermögen gehören jedoch nach Paragraph 6 Bewertungsgesetz nicht die land- und forstwirtschaftlichen Nutzflächen. Darum sind die von der CSU dargestellten Schreckensrechnungen wie die explosionsartige Erhöhung der Grundsteuerbelastung von 600 Mark auf 22.800 Mark und die Erhebung einer Erbschaftssteuer von 250.000 Mark bei einem 50-Hektar-Betrieb nichts als reine Hirngespinnste.

Die SPD-Landtagsfraktion fordert die beiden CSU-Abgeordneten auf, zumindest einen Rest von Anstand zu bewahren und diesen schäbigen Lügenfeldzug gegen die SPD in den bayerischen Dörfern endlich einzustellen. Die CSU sollte lieber dafür sorgen, daß die bayerischen Bauern etwas darüber erfahren, welche Steuerlasten sie künftig der Landwirtschaft aufbürden will. So wird im CSU-Programm „Grundsätze zur Neuorientierung des Bodenrechts“ auf Seite 38 eine „zeitnahe Einheitsbewertung“ für alle Grundstücke gefordert. Und wie steht es mit dem „Planungswertausgleich“, den die CSU angeblich einführen will? Von derartigen Plänen ist die Landwirtschaft direkt betroffen. Die CSU wird schon wissen, warum sie dies den bayerischen Bauern jetzt im Wahlkampf verschweigt.

Die Umverteilung von unten nach oben, welche die CSU-Landwirtschaftspolitik durch und durch prägt, wird mit solch windigen Gruselmärchen über die SPD von den bayerischen Bauern nicht vergessen werden: Schließlich war und ist es die völlig verfehlt, sozial ungerechte Agrarpolitik des CSU-Bundeslandwirtschaftsministers Ignaz Kiechle, die für tausende kleine und mittlere landwirtschaftliche Betriebe in Bayern in den letzten Jahren eine „faktische Enteignung von Grund und Boden“ bedeutet hat.

(-/9.10.1986/rs/ks)



Bilanz der Wende (Teil III)

Stoltenberg wird als größter Schuldenmacher in die Geschichte der Bundesrepublik eingehen.

Von Helmut Wiczorek MdB  
Obmann der SPD-Fraktion im Haushaltsausschuß des Deutschen Bundestages

6. Verschuldung: Der Schuldenberg wächst, die Neuverschuldung steigt wieder an

Versprochen war dies:

Dr. Häfela laut FAZ vom 23. Oktober 1983: „Die Neuverschuldung könne erst in vier Jahren unter 20 Milliarden DM jährlich gedrückt werden, und erst nach weiteren vier Jahren konsequenten Spärens wäre eine Neuverschuldung möglicherweise vollkommen überflüssig.“

Dr. Stoltenberg Wirtschaftswoche 23. Dezember 1983: „Unser Ziel muß es sein, die Neuverschuldung auf eine längere Sicht in eine Größenordnung von 15 bis 20 Milliarden DM zu bringen. Das wird aber erst zum Beginn der kommenden Wahlperiode erreicht sein.“

Dr. Stoltenberg im Deutschlandfunk am 2. Juli 1985: „... wir dürfen auf gar keinen Fall die Neuverschuldung wieder ansteigen lassen; wir müssen sie in der kommenden Wahlperiode nach meiner Auffassung unter 20 Milliarden DM bringen.“

Dr. Stoltenberg am 27. November 1985 im Deutschen Bundestag: „Zu keinem Zeitpunkt haben die Politiker der Koalition oder die Mitglieder der Bundesregierung den Eindruck erweckt, daß wir jetzt den absoluten Schuldenstand des Bundes zurückführen oder daß wir das in den nächsten Jahren in Aussicht stellen können.“

Dr. Stoltenberg im „SPIEGEL“ vom 15. September 1986 auf die Frage nach der Finanzierung neuer Steuerentlastungen für die nächste Legislaturperiode: „Dafür muß ich zur Not vorübergehend eine höhere Nettokreditaufnahme in Kauf nehmen.“

Gehalten wurde dies:

Der Schuldenstand der öffentlichen Haushalte wächst. Der Bundesfinanzminister hat ausgerechnet, daß der Schuldenstand aller öffentlichen Haushalte spätestens 1994 die Billionen-Grenze überschreiten wird. Rechnet man Bahn und Post hinzu, wie das der Parlamentarische Staatssekretär Dr. Häfela in der Öffentlichkeit tut, wird die Billionen-Grenze schon Ende dieses Jahrzehnts überschritten.

Der Bundesfinanzminister wird 1983 bis 1986 über 100 Milliarden DM an neuen Schulden aufgenommen haben. Das ist mehr, als irgendeiner seiner Amtsvorgänger in der gleichen Zeit aufgenommen hat; die Bundesbankgewinne sind dabei nicht berücksichtigt. Bis 1990 sollen nach der mittelfristigen Finanzplanung weitere 100 Milliarden DM neue Schulden hinzukommen.

Entgegen den ursprünglichen Versprechungen von Dr. Stoltenberg steigt die Neuverschuldung wieder an: 1985: 22,39 Milliarden DM; 1986: 23,66 Milliarden DM; 1987: 24,29 Milliarden DM; 1988: 26 Milliarden DM. Und dabei ist die angekündigte Steuerentlastung bis spätestens 1990 von über 40 Milliarden DM oder 25 Milliarden DM netto noch nicht einmal berücksichtigt.

Bundesfinanzminister Stoltenberg wird als der größte Schuldenmacher in die Geschichte der Bundesrepublik Deutschland eingehen.



**7. Familienförderung: Nicht zehn Milliarden DM jährlich mehr, sondern 1990 noch fünf Milliarden DM weniger als 1982**

Versprochen wurde dies:

Dr. Kohl am 13. Oktober 1983 im Deutschen Bundestag: „Ein zentraler Punkt unserer Politik ist die Familienpolitik.“

Broschüre des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung „Politik für die Familie“ 1986: „Zusammengerechnet stehen den Familien - unabhängig von den weiter gezahlten 14,3 Milliarden DM Kindergeld - 1986 fast neun Milliarden DM, 1989, wenn sich die Beschlüsse voll auswirken, fast zehn Milliarden DM zur Verfügung.“

Dr. Voss am 10. Juli 1986 auf eine schriftliche Anfrage zum Volumen der Verbesserung des Familienlastenausgleichs (Bundestags-Drucksache 10/5810). Zum 1. Januar 1986 sind folgende Verbesserungen des Familienlastenausgleichs in Kraft getreten ... Die Maßnahmen ergeben zusammen folgende Beträge:

1986	10,2 Milliarden DM;	1987	11,9 Milliarden DM;
1988	15,8 Milliarden DM;	1989	16,8 Milliarden DM.

Sozialbericht der Bundesregierung; (Bundestags-Drucksache 10/5864): Die Bundesregierung hat familienpolitische Maßnahmen mit einem Gesamtvolumen von rund zehn Milliarden DM jährlich beschlossen. Die Addition für 1986 ergibt rund 7,3 Milliarden DM. Zehn Milliarden DM werden 1989 erreicht.

Gehalten wurde dies:

Offensichtlich hat diese Bundesregierung keinerlei Überblick über die tatsächlichen Beträge ihrer Familienförderung. Drei verschiedene Quellen weisen jeweils andere Beträge aus. Einsparungen an anderen Stellen sind nicht gegengerechnet. Die Wirklichkeit sieht ganz anders aus:

- Die Kindergeldzahlungen des Bundes lagen 1985 um 2,5 Milliarden DM niedriger als 1982. 1989 werden sie gegenüber 1982 sogar um über drei Milliarden DM niedriger liegen.
- Die Ausgaben des Bundes für Familienförderung insgesamt sind 1985 3,7 Milliarden DM niedriger als 1982. Der Anteil an den gesamten Ausgaben des Bundes ist von 8,4 von Hundert im Jahr 1982 auf 6,5 von Hundert im Jahr 1985 gesunken. Auch 1989 ergibt sich bei den gesamten Ausgaben des Bundes für Familienförderung noch immer ein Minus gegenüber 1982 von fast 900 Millionen DM.
- Nur unter Einbeziehung der steuerlichen Kinderfreibeträge, von denen die Bezieher hoher Einkommen besonders begünstigt sind, und weiterer steuerlicher Familienmaßnahmen ergibt sich 1989 gegenüber 1982 ein Zuwachs in Höhe von rund fünf Milliarden DM. Das Volumen der zusätzlichen Familienförderung ist also weit niedriger als die Regierungskoalition in ihren Reden und offiziellen Broschüren ausgibt. Es kommt hinzu, daß sich der Bund bei seinen Ausgaben in Milliardenhöhe entlastet und die Finanzierung der Familienförderung auf Länder und Gemeinden verschiebt.
- Vergleicht man - unabhängig davon - den Anteil der staatlichen Leistungen für Ehe, Familie und Mutterschutz aus dem Sozialbericht für 1982 und 1990 insgesamt, so stellt man fest, daß die Familienförderung gegenüber dem Niveau von 1982 (Anteil BSP) um über fünf Milliarden DM niedriger liegt.



**8. Privatisierung: Nicht Ordnungspolitik, sondern Verscherbelung von Volksvermögen**

---

**Versprochen wurde dies:**

Dr. Kohl am 4. Mai 1983 im Deutschen Bundestag: „Wir wollen nicht mehr Staat, sondern weniger“ und „wir führen den Staat auf den Kern seiner Aufgaben zurück, damit er sie wirklich zuverlässig erfüllen kann.“

1983 wurde VEBA teilprivatisiert. Gleichzeitig wurde der Bundesfinanzminister beauftragt ein Gesamtkonzept für die Beteiligungspolitik vorzulegen. Ende 1984 wird eine erste Privatisierungsliste bekannt. Erst am 26. März 1985 kommt es zur Behandlung im Kabinett.

Dr. Stoltenberg am 27. März 1985 im Deutschen Bundestag: „Der Anlaß für die Aktuelle Stunde ist die Verringerung oder Veräußerung der Bundesbeteiligungen. Dafür, ich sage es noch einmal, sind ordnungspolitische Gründe maßgebend, doch nicht fiskalpolitische.“

Bei der Verabschiedung des Haushaltsentwurf 1987 wird bekannt gegeben, daß die Bundesregierung sich von den Beteiligungen an VW und VEBA vollständig trennen will.

**Gehalten wurde dies:**

Vollmundigen Ankündigungen folgten anhaltende Auseinandersetzungen in der Regierungskoalition. Was sich dann abspielte, erinnert an die Geschichte von den zehn kleinen Negerlein:

- Die Lufthansa-Pläne scheitern am Widerstand von Strauß.
- Bei der DSL-Bank war die vorgeschlagene gesellschaftsrechtliche Konstruktion so abenteuerlich, daß auf die Gewinnausschüttungen Umsatzsteuer fällig gewesen wäre: Thema erledigt.
- Die Privatisierung der Dapfa scheiterte am Hypothekendarlehenbankgesetz: Privatisierung verschoben.
- Bei der DIAG mußte man feststellen, daß man dieses Unternehmen aus Ertragsgründen privaten Anlegern gar nicht erst anzubieten braucht.
- Bei der Gesellschaft für Nebenbetriebe der Bundesautobahnen wird endlos geprüft.
- Bei den Beteiligungen der Bundesbahn konnte Stoltenberg seine Vorstellungen gegen die Bundesbahn nicht durchsetzen.
- Bei der Praxla-Seismos ist wegen des Risikos aus der Rohölpreisentwicklung die Teilprivatisierung verschoben.
- Bei der IVG hat die Bundesregierung das wichtige Bundesinteresse anerkannt, will jedoch trotzdem eine Teilprivatisierung.
- Die VIAG ist der einzige Privatisierungserfolg, mit dem sich der Bundesfinanzminister schmücken kann.

Die Bundesregierung hat bei all den Teilprivatisierungsvorhaben das wichtige Bundesinteresse an den Beteiligungen anerkannt. Es ist ihr bisher nicht gelungen - wie von Strauß gefordert - die Vorteile einer Teilprivatisierung darzulegen.

Noch im letzten Jahr hat Dr. Stoltenberg im Deutschen Bundestag von sich gewiesen, daß für ihn fiskalpolitische Gründe bei der Privatisierung maßgebend sind. Der Haushaltsentwurf 87 beweist



das Gegenteil: Die Bundesbankgewinne gehen zurück und genau diese Lücke von drei Milliarden DM will der Bundesfinanzminister durch den Verkauf von VEBA und VW schließen. Die ordnungspolitische Dimension der Privatisierung ist damit widerlegt.

#### 9. EG: Haushaltsdisziplin über Bord geworfen

Versprochen wurde dies:

Dr. Kohl am 7. Dezember 1983 im Deutschen Bundestag: „Nur über eine strengere Haushaltsdisziplin kann die Gemeinschaft den Weg aus der Krise finden. Es ist politisch nicht vertretbar, daß die Mitgliedstaaten ihren Bürgern Opfer zumuten, um die nationalen Haushalte in Ordnung zu bringen, gleichzeitig aber den Gemeinschaftshaushalt ungebremst expandieren lassen.“

Dr. Stoltenberg am 15. November 1984 im Deutschen Bundestag: „Wir haben nach unendlich schwierigen Verhandlungen am Montag dieser Woche in Brüssel Einvernehmen über die Grundsätze für Haushaltsdisziplin erzielt.“

Dr. Stoltenberg am 4. September 1985 im Deutschen Bundestag: „In eine ganz andere Richtung entwickeln sich die Finanzen der Europäischen Gemeinschaft. Die EG-Kommission hat jetzt den Vorentwurf für den EG-Haushalt 1986 mit einer Steigerungsrate von 23 Prozent vorgelegt. Dieser hohe Anstieg hat natürlich auch etwas mit dem Beitritt Spaniens und Portugals zu tun. Aber 23 Prozent Zuwachs können wohl nicht das Ergebnis der Brüsseler Haushaltsberatungen sein. Zwei Prozent auf nationaler Ebene und 23 Prozent in der EG, das paßt nicht zusammen, lassen sie mich das in aller Deutlichkeit hier sagen.“

Gehalten wurde dies:

Die Europapolitik dieser Bundesregierung in Brüssel ist gescheitert. Trotz der Versprechen zur Haushaltsdisziplin im EG-Budget wachsen die Ausgaben ungebremst weiter. Der deutsche Steuerzahler wird hierfür zur Kasse gebeten:

- 1984 wurde das Haushaltsdefizit der EG durch rückzahlbare Zuschüsse der Mitgliedstaaten gedeckt. Der deutsche Anteil betrug rund 650 Millionen DM.
- 1985 wurde das Haushaltsdefizit der EG durch nicht rückzahlbare Zuschüsse finanziert. Die Bundesregierung hatte hierfür von vornherein 1,6 Milliarden DM im Bundeshaushalt eingeplant.
- 1986 ist die Obergrenze für die Eigenmittel der EG seit 1. Januar um 40 Prozent angehoben worden. Den deutschen Steuerzahler kostet dies über vier Milliarden DM jährlich.

Der nunmehr endgültig verabschiedete EG-Haushalt 1986 weist eine Steigerungsrate gegenüber dem Vorjahr von fast 25 Prozent auf. Damit sind sämtliche mühsam aufgestellten Grundsätze der Haushaltsdisziplin für die EG wieder über Bord geworfen worden. Die Folge ist, daß der Anteil der Agrarausgaben am EG-Budget auf jetzt 65 Prozent ansteigt. Die erst Ende 1985 beschlossene Erhöhung der Eigenmittel ist schon in wenigen Monaten vollständig verfrühstückt. Die nächste Finanzkrise der EG ist damit für das kommende Jahr vorprogrammiert.

Der Bundesfinanzminister hat all dem zugestimmt. Er hat die Haushaltsdisziplin mitbeschlossen und er hat sie jetzt aufgegeben und in totaler Kehrtwendung die absolute Priorität der EG-Agrarausgaben vor allen übrigen Ausgabenbereichen mitentschieden. (-/9.10.1986/rs/ks)

\* \* \*